

**POSITIONS-  
PAPIER**

# **RAUS AUS DEM FÖRDERDSCHUNDEL!**

**EIN EFFIZIENTES, TRANSPARENTES UND  
MODERNES FÖRDERSYSTEM  
FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN**

Illustration: Adobe Firefly

**Freie  
Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Freie  
Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

## **IMPRESSUM**

---

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

**Tobias Havers**

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressesprecher

0211 - 884 4466

tobias.havers@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

**Clara Gather**

Mitarbeiterin für Grafikdesign  
und Mediengestaltung

0211 - 884 44 81

clara.gather@landtag.nrw.de

Stand: 08.10.2024



## **„Raus aus dem Förderdschungel!“**

### **Ein effizientes, transparentes und modernes Fördersystem für Nordrhein-Westfalen**

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten zu Recht, dass ihre erarbeiteten Steuer-gelder effizient, sinnvoll und transparent eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Landtagsfraktion NRW zahlreiche Anfragen an die Landesregierung gerichtet, um sich ein umfassendes Bild der Förderlandschaft und der zahlreichen Förderprogramme des Landes Nord-rhein-Westfalen zu machen. Die Ergebnisse sind gleichermaßen ernüchternd wie alarmierend.

Die Realität zeigt, dass das Gesamt-Fördersystem in Nordrhein-Westfalen unnötig kompliziert, teuer und ineffizient ist. Die zahlreichen Programme, komplexen Verfahren und mangelnde Übersichtlichkeit belasten nicht nur die Antragsteller, sondern auch die ausführende und ver-antwortliche Verwaltung. Wir brauchen daher eine neue Förderpolitik, die klar strukturiert, ziel-gerichtet und einfach ist.

### **Status Quo: Der Förderschungel in NRW**

Die Landesregierung hat nach eigener Auskunft selbst keinen vollständigen Überblick über alle Förderprogramme und -maßnahmen, die das Land und die Kommunen verwalten und admi-nistrieren. Es gibt keinerlei Informationen darüber, wie hoch der Personal-, Sachkosten- und Verwaltungsaufwand und die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im Einzelnen für die Ver-waltung und Administration der Förderprogramme sind. Ein entsprechendes Monitoring-Sys-tem existiert auf Landesebene nicht.

Im Jahr 2023 hat die Landesverwaltung 266 Förderprogramme mit einem Gesamtvolumen von 4,6 Milliarden Euro abgewickelt. 223 dieser Förderprogramme liegen in der alleinigen Ver-antwortung der Landesregierung. Die übrigen sind Förderprogramme des Bundes (32) und der EU (11), an denen das Land bei der Umsetzung beteiligt ist.

53 der Förderprogramme sind sogenannte „Kleinstförderungen“ (max. 1.000 Euro je Förder-gegenstand). 179 der Förderprogramme sehen Kleinförderungen vor (max. 2 Millionen Euro je Fördergegenstand).

Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs: Die Landesregierung legt nämlich nur einen klei-nen Teil der Fördermaßnahmen offen. Institutionelle Förderungen, spezifische Projektför-derungen, vertragliche Leistungen sowie Sonderzuschüsse werden überhaupt nicht erfasst. Die Landesregierung spricht von mehr als 400 weiteren Fördermaßnahmen, die zu den o. g. 266 Programmen hinzukommen.

Für operative Förderentscheidungen existieren in Nordrhein-Westfalen Hunderte von Bewilligungsstellen, die für die Prüfung, Genehmigung und Verwaltung von Förderanträgen sowie der Auszahlung und Kontrolle von Fördermitteln zuständig sind. Dazu zählen die Ministerien, nachgeordnete Behörden, die Bezirksregierungen, die NRW.Bank, der Projektträger Jülich, weitere Zweckverbände und kommunale Einrichtungen.

Nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes befassen sich mindestens 1.500 Beschäftigte in den Kommunen nur mit der Bearbeitung von Fördermaßnahmen. Angelehnt an ein Durchschnittsgehalt im öffentlichen Dienst entspricht dies jährlichen Personalkosten in Vollzeitäquivalenten von fast 100 Millionen Euro.

Eine Evaluation der Förderprogramme und Fördermaßnahmen findet nur rudimentär statt. Die Treffsicherheit und der Zielerreichungsgrad von Förderprogrammen und -maßnahmen wird nicht systematisch erfasst. Mit anderen Worten: Wir wissen in Nordrhein-Westfalen nicht, ob der Zweck von Förderprogrammen und -maßnahmen sinnvoll erfüllt wird und ob Förderprogramme die gewünschte Wirkung erzielen.

## **Unsere Bewertung und Erwartung**

Die Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen verursacht jedes Jahr Kosten in Milliardenhöhe mit hohen Fördersummen, hohen Verwaltungs- und Personalkosten sowie hohem Erfüllungsaufwand für Antragsstellerinnen und Antragssteller. Ob die Fördermaßnahmen ihre jeweilige Zielsetzung erreichen, kann indes niemand konkret sagen. Hunderte von Bewilligungsstellen sind an der Abwicklung von Fördermaßnahmen beteiligt und binden Arbeitskraft, die an anderen Stellen dringend benötigt wird. Zwar stellt das Land finanzielle Mittel in Milliardenhöhe bereit, allerdings verirren sich Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen viel zu oft in einem undurchsichtigen Förderdschungel und dem Dickicht hochkomplexer Antragsverfahren. Lange Bearbeitungszeiten und mangelnde Transparenz erschweren es zusätzlich, gute Ideen umzusetzen. Dadurch wird viel zu oft nicht derjenige mit der besten Idee gefördert, sondern mit dem größten Durchhaltevermögen.

Förderpolitik ist zu oft Alibipolitik. In vielen Fällen greift Politik lieber nach dem bequemen Förderprogramm als ein Problem strukturell zu lösen. So sehr dies für den Augenblick helfen mag, so sehr verschleppt es eine dauerhafte Lösung. Zu oft haben wir erlebt, wie eine Landesregierung auf einmal ein neues Lieblingsvorhaben entdeckt und die Förderung des alten Projekts nahezu über Nacht einstellt. Bürgerinnen und Bürger haben dann das Nachsehen.

## **Selbstbestimmung statt Mikromanagement**

In der kleinteiligen Förderpolitik offenbaren sich die größten Schwächen der aktuellen Wirtschaftspolitik des Landes. Zuerst entzieht man den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Geld, um es dann – einem immensen Pumpwerk gleich – über komplexe Verfahren neu an sie zu verteilen. Die Landesregierung verwehrt damit den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Kommunen einen Teil des nötigen Spielraums für eigenständige Finanz- und Richtungsentscheidungen und maßt sich an, selbst zu bestimmen, was förderwürdig ist und was nicht. Das ist Mikromanagement in seiner ineffizientesten Form.

Für uns Freie Demokraten muss diese staatliche Förderpolitik wieder auf ihren Kernzweck zurückgeführt werden: Der Sinn und Zweck von Fördermaßnahmen ist es, positive externe Effekte für Wirtschaft und Gesellschaft zu maximieren. Staatliche Fördermaßnahmen müssen auf klar spezifische und begründete Sachverhalte begrenzt werden. Sie dürfen private Initiative keinesfalls ersetzen. Eigeninitiative und individuelle Entscheidungen müssen stets Vorrang haben. Fördermaßnahmen dürfen keine Dauerabhängigkeiten schaffen und müssen strikt auf den Aufbau tragfähiger Strukturen abzielen.

## **Für eine Wirtschaftswende und neue Förderpolitik**

Der Staat muss wieder lernen, sorgsam mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Wir müssen das Förderregime insgesamt zurückschneiden und die Bürgerinnen und Bürger in der Folge von Steuern und Abgaben entlasten. Es muss wieder mehr selbstbestimmt entschieden werden können, was man mit seinem Einkommen machen möchte. Die übrigen Förderprogramme, die einen echten Mehrwert und Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft bieten, müssen transparent verwaltet und digital zugänglich sein. Der Staat steht in der Pflicht, die hart erarbeiteten Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger respektvoll und effizient einzusetzen – ohne unnötige Hürden und ohne Verschwendung.

## **Unsere Forderungen**

Hierzu schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, die das NRW-Fördersystem nachhaltig verbessern:

### **1. Reduktion und Konsolidierung von Förderprogrammen**

Die aktuelle Vielzahl an Förderprogrammen ist kaum noch überschaubar. Eine umfassende Programminventur ist notwendig, um die Anzahl der Programme deutlich zu reduzieren. Besonders Klein- und Kleinstprogramme mit einem Fördervolumen von unter 2 Millionen Euro je Fördergegenstand sollen kritisch überprüft und in den allermeisten Fällen abgeschafft werden, da ihre Verwaltung oft teurer ist als der Nutzen. Außerdem müssen Förderprogramme mit ähnlichen Zielen zusammengeführt werden, um Redundanzen zu beseitigen und die Wirksamkeit zu erhöhen.

### **Verzicht auf Fördermaßnahmen auf zwischenstaatlicher Ebene**

Der aufwendige und kostenintensive Verschiebepark für Steuermilliarden im Rahmen von Fördermaßnahmen zwischen den staatlichen Ebenen ist vollständig einzustellen. Das Geld muss über die Verteilschlüssel bei den Steuereinnahmen direkt den Aufgaben folgen. Existierende Förderprogramme zwischen staatlichen Ebenen sind immer ein Beweis dafür, dass die aktuellen Verteilschlüssel nicht funktionieren. Steuergeld darf nicht mehr zwischen Land und Kommunen hin- und hergeschoben, sondern muss von vornherein richtig verteilt werden.

Wir fordern konkret in einem ersten Schritt sämtliche Kleinstförderungen (max. 1.000 Euro je Fördergegenstand) zu streichen. In einem zweiten Schritt fordern wir eine Streichung der 223 landeseigenen Förderprogramme um 50 Prozent.

Freiwerdende Mittel in Höhe von schätzungsweise einer Milliarde Euro sollen pauschal im Rahmen der Gemeindefinanzierung den Kommunen zugeführt werden. Förderlinien für Kommunen sollen generell ersetzt werden durch höhere pauschale Zuweisungen vom Land direkt an die Städte und Gemeinden. Das entlastet sie auch bei der Förderakquise.

## **2. Entwicklung einer zentralen Förderstrategie**

Eine effektive und effiziente Förderpolitik braucht eine klare und verbindliche strategische Grundlage. Daher fordern wir die Entwicklung einer ressortübergreifenden „NRW-Förderagenda 2030“, die langfristige Prioritäten und zentrale Querschnittsthemen definiert. Alle Ministerien müssen sich an dieser Agenda orientieren, um Überschneidungen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Nur so können Ressourcen gebündelt und zielgerichtet eingesetzt werden.

## **3. Konzentration auf zentrale Bewilligungsstellen**

Die Vielzahl der Bewilligungsstellen in Nordrhein-Westfalen führt zu ineffizienten Strukturen und erhöhten Verwaltungskosten. Wir fordern daher die Konzentration der Förderbewilligung auf maximal zwei zentrale Einheiten, beispielsweise eine zentrale Stelle für wirtschaftsnahe Förderungen und eine für soziale und kulturelle Projekte. Dies ermöglicht Spezialisierung, Skaleneffekte und eine einfachere Handhabung für die Antragsteller.

## **4. Einführung von Fördersatzkorridoren**

Die Höhe der Fördersätze muss klar geregelt sein, um Überförderung und Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Regelfördersätze von nahe 100 Prozent sind zu streichen und zu vermeiden, um die Subsidiarität zu wahren. Wir schlagen die Einführung von Fördersatzkorridoren vor, beispielsweise zwischen 50 Prozent und 80 Prozent sowie abhängig von Zielgruppe und Projektart. Zudem sollen Fördersätze degressiv gestaltet werden – also mit der Dauer der Förderung sinken – um die Eigenverantwortung der Empfänger zu stärken. So kann langfristige Abhängigkeit von Fördermitteln vermieden werden.

## **5. Begrenzung von Dauersubventionen**

Fördermittel sollten klar terminierte Projekte unterstützen, um nicht als Dauersubvention zu verkommen. Wir setzen uns für die Einführung von Degressionsmodellen ein, mit denen die Fördersätze über die Zeit schrittweise absinken. Dies erhöht die Eigenverantwortung der Förderempfänger und stellt sicher, dass die Förderpolitik gezielt Probleme löst, anstatt Abhängigkeiten zu schaffen.

## **6. Digitalisierung und Vereinfachung der Verfahren**

Die digitale Abwicklung von Förderanträgen ist ein Muss in der heutigen Zeit. Alle Förderprogramme sollen über eine zentrale, benutzerfreundliche Plattform verfügbar sein, die maschinenlesbare und auswertbare Daten bereitstellt. Die Landesregierung verfügt mit „foerderplan.web“ bereits über eine geeignete Plattform, die allerdings bisher nur für wenige Programme, wie die Heimatförderung, genutzt wird. Bis Ende 2025 müssen sämtliche Antrags- und Verwaltungsprozesse vollständig digitalisiert sein. Standardisierte und verständliche Förderrichtlinien sowie KI-gestützte Lotsen bzw. Beratungsstellen sollen Antragsteller entlasten und die Verfahren transparenter machen.

## **7. Stärkung von Monitoring und Evaluierung**

Wir fordern regelmäßige und verbindliche Evaluierungen aller Förderprogramme, um sicherzustellen, dass sie ihre Ziele effizient erreichen. Dafür soll „foerderplan.web“ als Förderdatenbank aufgebaut werden, um Daten besser auszuwerten und die Wirksamkeit der Förderpolitik zu verbessern. Programme, die keine hohen Zielerreichungen nachweisen können, müssen konsequent eingestellt oder angepasst werden. In diesem Rahmen hat die Landesregierung alle zwei Jahre einen umfassenden Förderbericht öffentlich vorzulegen, der die Zielsetzung, die konkrete Ausgestaltung und die erreichte Wirkung aller Fördermaßnahmen des Landes offenlegt.

## **8. Effizienz durch Standardisierung**

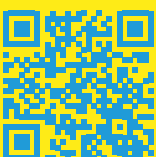
Die derzeitige Heterogenität der Förderrichtlinien erschwert den Zugang zu Fördermitteln und bindet unnötig Kapazitäten. Wir fordern einheitliche Standards für Förderkonzepte, Zuwendungsempfänger und Berichtspflichten in den jeweiligen Förderbereichen. Dies erleichtert nicht nur die Antragstellung, sondern auch die Verwaltung und Kontrolle der Programme. Bei Verwendungsnachweisen soll nur geprüft werden, was für die Erfolgskontrolle von Programmen relevant ist. Wenn die Verwaltung die Verwendungsnachweise prüft, soll der Schwerpunkt auf der Vollständigkeit liegen. Eine Prüfung der Schlüssigkeit soll nur noch in jedem zweiten Vorgang, eine Tiefenprüfung nur noch in Ausnahmefällen erfolgen.



# FOLGE UNS!



@FDPFraktionNRW



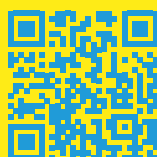
@FDPFraktionNRW



@fdplif\_nrw



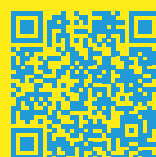
FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



SCANNE DIESE QR-CODES JETZT EINFACH DIREKT MIT DEINEM SMARTPHONE UND VERNETZE DICH MIT UNS!